



PI-RAT



Politische Informationen vom FachschaftsRat Erziehungswissenschaft - No 5. / 08

Wahlen zum Fakultätsrat der Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft. Stärkt die demokratische Kultur an der Universität: Geht Wählen!

Die Wahlunterlagen sind Euch schriftlich nach Hause zugegangen. Für den studentischen Platz der Erziehungswissenschaft im Fakultätsrat kandidiert eine Liste, die der Fachschaftsrat aufgestellt hat. Eine Gegenkandidatur liegt nicht vor. Wir rufen Euch auf, zahlreich zu wählen, damit die Gremiendemokratie und insbesondere die studentische Vertretung gegen stete Einschränkung durch Gesetzgeber und Uni-Präsidium gestärkt wird.

Von besonderem Interesse in der kommenden Legislatur sind die Auseinandersetzungen um die wissenschaftliche Orientierung der Fakultät (dominiert biologische Neuropsychologie oder sozialkritischer egalitärer Entwicklungsanspruch), die "Verfassung" der Fakultät (Satzung zu Mitbestimmungsstruktur), die weitere Gestaltung der Bachelor- und Masterstudiengänge sowie die Opposition gegen die fortgesetzte Unterfinanzierung der Universität und das Lächerstopfen mit Studiengebühren. Hier ist viel zu bewegen.

**Der ausgefüllte Stimmzettel muß bis
bis Montag, den 14. Juli, 14 Uhr
dem Wahlamt zugegangen sein.**

Ihr könnt die Stimmzettel entweder unfrankiert (Uni übernimmt die Kosten) bis spätestens Samstag, den 12. Juli 2008 mit der gelben Post einsenden oder aber noch bis zum genannten Termin die Stimmen persönlich beim Wahlamt im Hauptgebäude (ESA 1, Rm 123-125) abgeben.

HALLO AN ALLE STUDIERENDEN DES FACHBEREICHES ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT,

Das Sommersemester 2008 hat bislang einiges zu bieten gehabt: Zu Beginn des Semesters hat der FSR gemeinsam mit anderen aktiven Studierenden durch eine Raumbesetzung einen weiteren selbstverwalteten studentischen Raum erkämpfen können. Dies war auch ein positives Signal für andere derzeit, bzw. zwischenzeitlich von Schließung bedrohte studentische Cafés (Philosophen, Romanistik, HWP). Desweiteren hat uns die Bürgerschaftswahl einen neuen Senat beschert, der entgegen allen politischen Mehrheiten die Studiengebühren nun in Form angeblich nachgelagerter Gebühren retten möchte. *“Eine Gewisse Disziplinierungswirkung hat noch niemandem geschadet. Das ist ein altes pädagogisches Konzept”* begründete der RCDS-Vertreter (CDU-Hochschulgruppe) erfreulich offenherzig bei der öffentlichen Anhörung zum Gebührengesetz das Bezahlstudium.

Wir sind für zeitgemäßere und menschenwürdigere pädagogische

Ansätze mit kritischem Gesellschaftsbezug. Deshalb finden sich in diesem PI-Rat desweiteren kritische Texte zur Bildungsdebatte, zu universitären Konflikten um Kommerzialisierung und AStA-Politik sowie zum aktuellen Erfordernis anti-rassistischer Politik. Das Grundthema sei somit die Gleichheit statt Elite.

Wir wünschen wie immer eine anregende Lektüre

Eure FSRe



INHALTSVERZEICHNIS

Studiengebühren in Hamburg - Wie weiter?	4
Raumbesetzung im PI	8
Menschenbilder in der Erziehungswissenschaft	10
Anti-Ra meets Klima und umgekehrt ... Zwei zeitgleiche Aktionscamps in Hamburg und ihre Verbindungslinien	12
Stellungnahme zu Werbung an der Universität Hamburg ...	16
OECD: Weg von früher Selektion	18
Spezifisch für Gleichheit Ein Plädoyer für die Teilautonomen Referate im AStA ...	19
Wenn die Erstsemestler kommen.... ..	22
”Du mußt perfekt sein und stets Erfolg haben” Ein Gespräch mit Sabine Kiel	23

IMPRESSUM:

PI-Rat 5/2008, Redaktion: Fachschaftsrate Erziehungswissenschaft
V.i.S.d.P.: FSR ErzWiss, F. Muhl, Von-Melle-Park 8, 20146 HH

STUDIENGEBÜHREN IN HAMBURG - WIE WEITER?

[fm] Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl Ende Februar hatte bei vielen die Hoffnung wachsen lassen, die Studiengebühren würden nun tatsächlich abgeschafft werden. Die Möglichkeit besteht und bestand auch, denn die Parteien, die sich vor der Wahl gegen die Gebühren ausgesprochen hatten, erreichten zusammen eine Mehrheit in der Bürgerschaft. Die Hoffnungen auf eine solche Entscheidung wurden jedoch schnell enttäuscht.

In der ersten Bürgerschaftssitzung nach der Wahl am 04. April lehnten die Abgeordneten der GAL einen Antrag der SPD zur Abschaffung der Studiengebühren ab und sorgten mit ihrem Abstimmungsverhalten dafür, dass dieser in den Wissenschaftsausschuss verwiesen wurde. Die Verlockung einer Koalition mit der CDU war offenbar größer als die Verbundenheit mit der eigenen Programmatik. Nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen wurde dann als "Kompromiss" das grandiose Konzept der "nachgelagerten" Studiengebühren präsentiert.

Was soll passieren?

Mit Zustandekommen der CDU-GAL-Koalition wurde eine neue Wissenschaftssenatorin eingesetzt: Her-

lind Gundelach von der CDU. Die 59jährige Befürworterin von Studiengebühren hatte vor 21 Jahren das letzte Mal direkt Kontakt mit Bildungspolitik. Ob das eine gute Grundlage für ihre jetzige Tätigkeit ist, sei dahingestellt...

Dass der Posten unabhängig von tatsächlich vorhandenen Kompetenzen als Karrieresprungbrett taugt, bewies ihr Vorgänger Jörg Dräger, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Wissenschaftssenators ab 1. Juli bei der Bertelsmann-Stiftung den Bereich Bildung leiten wird. Mit der von ihm betriebenen Politik hat er sich dafür sicherlich ausreichend qualifiziert.

Ab dem Wintersemester 2008/09 sollen Uni-AbsolventInnen nach dem Studium und ab einem Brutto-Einkommen von 30.000 Euro pro Jahr nachträglich für jedes Semester eine Gebühr von 375 Euro zahlen. Hier der genaue Wortlaut des Koalitionsvertrags:

"Das bisherige System der Studiengebühren wird zum Wintersemester 08/09 abgelöst durch ein Modell, das durch folgende Punkte gekennzeichnet ist:

o Die Studiengebühren nach § 6b HmbHG werden ersetzt durch nachgelagerte Gebühren, die nach Ende des

Studiums, unabhängig vom Erreichen eines Abschlusses, gezahlt werden müssen.

o Ausnahmetatbestände werden radikal reduziert.

o Die Rückzahlungspflicht ergibt sich bei Erreichen der Einkommensgrenze von 30.000 Euro brutto p.a. innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren nach Verlassen der Hochschule.

o Die Hochschulen erhalten Einnahmen in der jetzigen Höhe der Einnahmen aus Gebühren (ca. 37 Mio. Euro).



*Wissenschaftssenatorin
Herlind Gundelach.*

*Ihr aktuelles Projekt ist Programm:
Uni abreißen und in der Hafencity
neu aufbauen.*

o Die Studiengebühren werden festgesetzt auf 375 Euro pro Semester.

o Alle Semester, für die jemand eingeschrieben war, sind gebührenpflichtig.

o Die anfallenden Zinsen werden durch die öffentliche Hand übernommen.

Für Studierende, die aktuell von Exmatrikulation bedroht sind, soll eine Lösung gefunden werden, die sicherstellt, dass das Studium weiter geführt bzw. wieder aufgenommen werden kann.“

Die genaue Umsetzung dieser Vereinbarung wurde behördenintern verhandelt und zur Bürgerschaftssitzung am 18.06. in einem ersten Entwurf öffentlich gemacht.

(Aktuelle Dokumente zur Debatte unter www.fsrrerzwiss.de)

Auch nachgelagerte Studiengebühren sind Studiengebühren

Die Umetikettierung von "allgemeinen" in "nachgelagerte" Studiengebühren ändert nichts an der momentanen Entwicklungslogik der Hochschulpolitik. Bildung wird als Ware und als Investition in das eigene Humankapital begriffen und nicht mehr als ein öffentliches Gut, das gebührenfrei möglichst allen Menschen zur Verfügung gestellt werden soll. Die Argumentation, nur etwas für das man Geld ausgegeben

habe, würde man wirklich wertschätzen und erst das Kundenverhältnis, das durch Studiengebühren als Investition in das individuelle Humankapital hergestellt wird, könne Grundlage für das Engagement innerhalb der Hochschule sein, verbreitet sich immer mehr. Erst die "zahlenden NachfragerInnen" der Ware "universitäre Bildung" könnten "gute Leistungen von den Hochschulen" einfordern.²

Dass diese Herangehensweise konträr zur Vorstellung einer demokratisch verfassten öffentlichen Universität steht, wird von den so Argumentierenden gerne übersehen.

Diese Grundtendenz der momentan laufenden Entwicklungen im Bildungsbereich wird auch mit Einführung der nachgelagerten Studiengebühren bestimmend bleiben. Es wird Aufgabe von (geschmierten) Politikern, Unternehmensberatern, undemokratisch zustande gekommenen Hochschulräten u.a. (selbst) ernannten "Bildungsexperten" sein, der Öffentlichkeit diese Entwicklungsrichtung als alternativlose und bestmögliche zu verkaufen. Der (zu schaffende) Bildungsmarkt ist schließlich einer der größten noch zu erschließenden und es schlummern dort enorme Renditen...

Vor diesem Hintergrund ist auch die geplante Einführung von nachgelagerten Studiengebühren zu sehen. Es ist prinzipiell egal, ob Studiengebühren sofort oder erst nach

Abschluss des Studiums gezahlt werden. Auch nachgelagerte Studiengebühren tragen dazu bei, Hochschulzugangsberechtigte, insbesondere finanziell schlechter Gestellte, von der Aufnahme eines Studiums abzuhalten. Es ist jedoch zu befürchten, "dass diese ähnlich wie in Australien weitere soziale Ungerechtigkeit mit sich bringen werden. Dort benötigen Frauen durchschnittlich 51 Jahre, um ihre Studiengebühren zurückzuzahlen, Männer hingegen nur 17 Jahre."³

Die GAL in Hamburg lügt sich diesbezüglich insofern etwas vor, als dass de facto international kein Modell bekannt ist, bei dem nach Einführung nicht an den Schrauben der Einkommensgrenzen und Gebührenhöhe gedreht wurde - siehe exemplarisch Australien.⁴

Ulrich Müller vom Zentrum für Hochschulentwicklung (CHE) bringt die Entwicklung auf den Punkt: "Das Hamburger Modell hat den Charme, dass es optisch ein bisschen besser aussieht."⁵

Und nun? - Konsequenzen

Mit den bisherigen Ausführungen sollte verdeutlicht werden, dass das nun geplante Studiengebühren-Modell für die BefürworterInnen eines gebührenfreien öffentlichen Bildungswesens keinen Grund zur Freude darstellt und es weiterhin

nötig ist, sich zu organisieren. In diesem Semester gibt es keinen Studiengebührenboykott mit Zuhilfenahme eines Treuhandkontos, da durch den EXTRA-Boykott und die Gerichtsentscheidungen des letzten Semesters deutlich geworden ist, dass bis zum Semesterende niemand wegen Nichtzahlung der Studiengebühren exmatrikuliert werden kann. Die Fachschaftsräte am Fachbereich Erziehungswissenschaft und die Fachschaftsrätekonferenz rufen daher weiterhin dazu auf, die Studiengebühren auch in diesem Semester nicht zu zahlen um so gegenüber den politisch Verantwortlichen deutlich zu machen, dass wir ihre Politik ablehnen.⁶

Wie der momentan amtierende Uni-AStA zunächst dazu kam, die für Hamburg geplante Studiengebührenregelung als "akzeptabel" zu bewerten (PM vom 04.04.08)⁷, bleibt schleierhaft, wenn mensch daran glaubt, dass es ihm wirklich darum geht, für die Abschaffung der Studiengebühren zu kämpfen. In der Sitzung des Studierendenparlaments vom 03.06.08 teilte der AStA-Vorstand B.Gildemeister auf Nachfrage mit, dass vom AStA zum Thema Studiengebühren in diesem Semester "KEINE Aktionen" geplant sind: keine Veranstaltungen, keine Demonstrationen, wie gehabt kein Boykott und auch keine finanzielle Unterstützung dafür - das wäre

nach der aktuellen AStA-Terminologie wohl als "linksradikal" einzustufen.

Dass durch öffentliche Aktionen wirksam Druck auf die Landespolitik ausgeübt werden kann, zeigte sich erst Anfang Juni als in Hessen die Studiengebühren komplett abgeschafft wurden. Die Studierenden, die durch Demonstrationen, Boykotte, Blockaden und Verfassungsklagen fortgesetzt auf sich und ihre Position aufmerksam gemacht haben, hatten an dieser Entwicklung maßgeblichen Anteil.⁸

Von den KommilitonInnen in Hessen können wir diesbezüglich einiges lernen...

Studiengebühren stoppen!

1 http://www.cduhamburg.de/27002/Uploaded/2008_koalitionsvertrag.pdf

2 Ulrich Müller, Zentrum für Hochschulentwicklung (CHE),

zit. nach <http://www.bundestag.de/dasparlament/2008/23/KulturMedien/20656480.html>

3 <http://www.han-online.de/HANArticlePool/00000119ba3ef16e0057006a000a00524b1dcc90>

4 <http://www.studis-online.de/HoPo/art-758-cdu-gal-koalitionsvertrag.php>

5 www.bundestag.de/dasparlament/2008/23/KulturMedien/20656480.html

6 <http://gebuehrenboykott.de/about.html>

7 [http://www.asta-uhh.de/47.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=257&tx_ttnews\[backPid\]=10&Hash=6c3c9562f9](http://www.asta-uhh.de/47.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=257&tx_ttnews[backPid]=10&Hash=6c3c9562f9)

8 <http://www.boykotthessen.de/>

RAUMBESETZUNG IM PI

Selbstverwaltete Freiräume sind schon lange Teil des universitären Lebens. Sie sind aus der Idee entstanden, dass Bildung mehr ist als sich in Seminaren über wissenschaftliche Theorien auseinanderzusetzen. Bildung beinhaltet auch, dass wir uns praktisch in demokratischen Strukturen bewegen, die wir selbst beeinflussen und mithilfe derer wir selbstverantwortlich konkrete Projekte realisieren können. Die Teilhabe und Teilnahme an demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozessen fällt nicht vom Himmel!

Die aktuellen Umstrukturierungen an den Universitäten, die Umstellung der Studiengänge in Bachelor und Master, führen zu einem massiven Abbau demokratischer Strukturen, wenn die Selbstbestimmung der Studierenden eingeschränkt wird. Selbstverwaltete Räume dagegen schaffen eine Infrastruktur, um diesen Einschränkungen entgegenzutreten und Möglichkeiten, Kritik zu artikulieren und umzusetzen. Schon immer waren selbstverwaltete Räume der Uni ein Dorn im Auge und auch zurzeit sind sie verstärkt von Schließungen bedroht. Es hat sich eine Linie durchgesetzt, selbstverwaltete Freiräume einzuschränken und möglichst durch kommerzielle Betriebe zu ersetzen, wie das private "Café nur für Gäste" im Von-Melle-Park 8 zeigt. Um deren kommerziellen Interessen gerecht zu werden ist es dort seitens der Unileitung verboten, für das eigene selbstverwaltete "Café Paranoia"

Werbung im Eingangsbereich aufzuhängen, um dem Café für gutbetuchte Gäste keine Konkurrenz zu machen.

Am 7. April trafen sich Studierende zu einer Vollversammlung, um über die aktuelle Raumsituation in dem Fachbereich zu diskutieren. Fest stand schnell für alle, dass kein angemessener studentisch verwalteter Raum für die Studierenden am Fachbereich existiert. Die Renovierung der Gebäude der Erziehungswissenschaft, die letztes Jahr mit der Fertigstellung der Martha-Muchow-Bibliothek endete, brachte das aus studentischer Perspektive nicht akzeptable Ergebnis einer Reduzierung des selbstverwalteten Cafés von ca. 100 m² auf 36 m². Obwohl seitens des Fachbereiches ein größerer Raum zugesichert worden war, hatte sich an dieser "Vorläufigkeit" bislang nichts geändert. Da dieser Zustand so nicht weiter hinzunehmen ist, haben die FSRe seit anderthalb Jahren mehrere Anträge auf einen weiteren studentisch selbstverwalteten Raum in VMP8 an das Dekanat der Fakultät und die Raumausschüsse gestellt. Besonderes um den Raum 009 wurde sich bemüht, da sich dieser in unmittelbarer Nähe zum Paranoia, zum FSR-Raum und zum Studierendenzentrum befindet.

Die Vollversammlung beschloss einstimmig, dass der Raum 09, in dem die Versammlung stattfand, vorläufig rund

um die Uhr besetzt werden sollte, um der Forderung nach einem studentisch verwalteten Raum Nachdruck zu verleihen und gegebenenfalls gleich dort zu bleiben. Der Raum wurde mit Sofas und Teppichen gemütlich gestaltet und die Wände waren schnell geschmückt mit Plakaten für die Organisation der Besetzung und die Veröffentlichung der Forderungen. Schon am gleichen Tag fanden mehrere Plenarsitzungen statt, um die seit Mittag geführten Verhandlungen mit Dekanat und Geschäftsführung der Fakultät gemeinsam vor- und nachzubereiten.

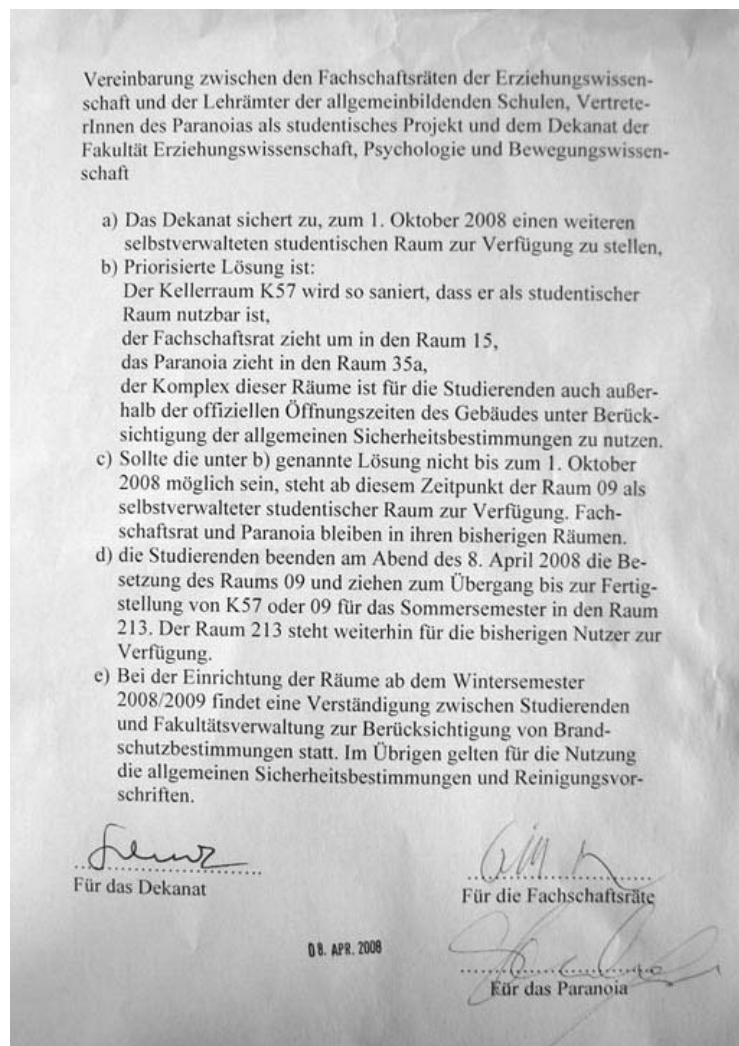
Nach der ersten Nacht der Besetzung gab es auch am nächsten Morgen erneute Gespräche mit dem Dekanat. Gemeinsam wurde nach einer realisierbaren Lösung gesucht. Es wurde den Vorschlag gemacht, den Kellerraum als zukünftigen Selbstverwalteten Raum zur bekommen. Das Paranoia sollte umziehen, und so ein gemeinsamer Raum für alle Studierende der Fakultät entstehen. Erweitert sollen 2 kleine Räume auf dem Flur als FSR-Büro und als Raum mit Wasseranschluss fürs Paranoia dienen.

Der Vorschlag wurde von den Studierenden als eine gute Variante gesehen und angenommen. Der Umbau des Kellers soll nun bis zum Anfang des nächsten Semesters

geschehen.

Herr Schuck (Dekan) sicherte den Studierenden den Raum 009 ab dem 1. Oktober zu, falls der Kellerraum aus irgendwelchen Gründen nicht beziehbar sein sollte. In einer Erklärung anlässlich der Vertragslösung heißt es: "Wir begrüßen den am Dienstagmittag gefundenen Kompromiss hinsichtlich unserer Forderung nach einem größeren studentisch selbstverwalteten Raum.

Die uns vertraglich zugesicherte Perspektive, spätestens zum Wintersemester den 95m² großen Kellerraum mit eigenem Zugang unter der Theaterbühne beziehen zu können, bietet vielfältige neue Möglichkeiten, die vor



der Besetzung noch nicht zur Diskussion standen.“

Beschlossen wurde auch, für den Übergang Raum 213 als einen studentisch verwalteten Freiraum zu akzeptieren. Dort stehen jetzt Sofas, und es ist ein netter Übergangsraum, um sich zu treffen, sich auszutauschen, zu informieren, politische Auseinandersetzungen zu führen oder sich zurückziehen von dem stressigen Uni-Alltag.

Die Raumbesetzung war erfolgreich! Nun ist es wichtig, den Druck aufrecht zu erhalten, damit die Sanierungsarbeiten auch wirklich fortschreiten, und bis zum Wintersemester der Kellerraum

beziehbar ist. Im Internetportal EduCommsy gibt es den Raum "Freiraum AK", wo die Termine zu den nächsten Planungstreffen bekannt gegeben werden.

Es ist schön zu erfahren, dass man auf basisdemokratischem Wege etwas erreichen kann. Ein Freiraum ist ein nichtwegzudenkender Raum in einer Universität. Dieser Fachbereich kann ohne einen angemessenen selbstverwalteter studentischen Raum nicht behaupten, demokratische Bildungsprozesse in dem Maße anzuregen wie es sich aus seinem erziehungswissenschaftlichen Selbstverständnis ergibt.

MENSCHENBILDER IN DER ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT

Ende letzten Semesters entwickelte sich unter Studierenden des pädagogischen Fachbereichs die Idee eines studentischen, selbst organisierten Seminars. Ein Vorbild war das studentische Seminar "Menschenbilder in der Psychologie", das seit den 70er Jahren im Fachbereich Psychologie existiert. So wurde als Arbeitstitel des Seminars "Menschenbilder in der Pädagogik" gewählt.

Dieses Thema wurde gewählt, da Grundlage und entscheidendes Moment jedes pädagogischen Handelns ein mehr oder weniger bewusst vorhandenes Menschenbild ist. Dieses

hat sich bzw. wurde in den letzten Jahrhunderten aber auch in den letzten Jahrzehnten fundamental verändert.

Ein Ziel des Seminars war es, mit vielfältigen Vorträgen und Diskussionen die einflussreichen pädagogischen Ansätze kritisch zu reflektieren und auch weniger einflussreiche pädagogische Erkenntnisse und Ideen zu diskutieren und auf ihre Bedeutung für die Gegenwart zu befragen. Denn verantwortungsvolle Pädagogik beinhaltet immer auch ein Reflektieren der eigenen Grundannahmen. Mit

dem Seminar sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, genau dieses zu tun.

Ein wichtiger Eckpunkt des Seminars ist es, dass dieses von allen Teilnehmer_innen möglichst gleichmäßig getragen werden soll, also Ansätze einer Auflösung des Gegensatz "Lehrende und Studierende" probiert werden sollen. So gibt es zu jeder Seminarstunde eine Gruppe, welche ein Schwerpunktthema vorbereitete, die Stunde gestaltete und weiterführende Literatur darstellte.

Ein weiterer Ansatz des Seminars ist es, als Studierende nicht völlig vom vorgegebenen Seminarangebot abhängig zu sein, sondern eigene Seminare zu entwickeln und damit Schwerpunkte und Themen zu bearbeiten, die wir selber bestimmen.

Am Anfang des Seminars stand die Begrifflichkeit des "Menschenbildes" im Mittelpunkt, welchem sich anhand eigener Vorstellungen und verschiedener philosophischer Strömungen genährt wurde.

Anschließend ging es um verschiedene historische Epochen und pädagogische Strömungen, wie zum Beispiel Pädagogik der Aufklärung, Konzepte der Schwarzen Pädagogik, Pädagogik im Faschismus, libertäre Bildungskonzepte, das Menschenbild in der Befreiungspädagogik, Demokratiepädagogik oder auch einen Exkurs zur Kritischen Psychologie. Es wurde

versucht die jeweiligen Menschenbilder herauszuarbeiten und darauf hinzu untersuchen, welche Konzepte, Ansätze, Methoden und Ideen im heutigen pädagogischen Diskurs vorhanden sind und wie wir uns selber eine emanzipatorische Pädagogik und Bildung vorstellen.

In den letzten Seminarstunden wird es konkret um den aktuellen neoliberalen Bildungsdiskurs, auch speziell an der Universität, gehen. Des weiteren wird es eine kritische Eigenbetrachtung des Seminars geben, sowohl auf inhaltlicher als auch struktureller Ebene.

Es ist zu hoffen das es auch nächstes Semester wieder ein autonomes, von Student_innen organisiertes Seminar im PI geben wird. Ob dieses in ähnlicher Form wie dieses Semester oder mit einem ganz anderen inhaltlichem Schwerpunkt und anderer Struktur stattfinden wird ist im Augenblick noch nicht klar.

Wenn ihr Interesse an der Vorbereitung eines studentischen Seminars habt meldet euch im EduCommsy-Projektraum "Menschenbilder in der Pädagogik" an, dort wird weiteres bekannt gegeben, fragt den Fachschaftsrat oder kommt dieses Semester doch einfach zu einer der letzten Seminarsitzungen (Dienstags, 14.15 Uhr - 15.45 Uhr, VMP 8, Raum 207).

Für eine emanzipatorische Bildung und mehr autonome Seminare!

15. BIS 24.8.08:

ANTI-RA MEETS KLIMA UND UMGEKEHRT ...

ZWEI ZEITGLEICHE AKTIONSCAMPS IN HAMBURG UND IHRE VERBINDUNGSLINIEN

.....

Was haben Migrationskontrolle und Überfischung miteinander zu tun? Was verbindet die Fregatten der europäischen Grenzschutzagentur Frontex mit den industriellen Fischfangflotten? Ist es Zufall, dass sie beide vor der westafrikanischen Küste kreuzen?

Was haben Überschwemmungen mit einem Internierungslager zu tun? Ist es Zufall, dass MigrantInnen aus Bangladesh in der Westukraine in elenden Verhältnissen gefangen gehalten werden?

Auch wenn sich der Sinn dieser Fragen nicht auf den ersten Blick erschließt, der Zusammenhang ist gegeben. Und deshalb ist es aus unserer Sicht goldrichtig, dass sich die zwei Aktionscamps mit den Themenschwerpunkten Antirassismus und Migration sowie Klimawandel und Klimapolitik vom 15. bis 24. August in Hamburg zusammentreffen.

Hamburg steht für eine rücksichtslose und mit eiserner Konsequenz betriebene Abschiebepolitik, die nicht zuletzt auch europäische Koordinierungsaufgaben übernimmt. Gleichzeitig ist der Großraum Hamburg eine der reichsten

Gegenden Europas, eine Boomregion, in der sich Waren- und Kapitalströme konzentrieren. Hamburg, weltoffen für Container und Millionäre, nicht aber für Menschen, denen das Geld nicht gerade aus der Tasche quillt.

Hamburg verkörpert damit symbolhaft eine europäische Politik, die z. B. den Fischern Westafrikas mit Fangflotten die Existenzgrundlage raubt und ihnen gleichzeitig mit hochgerüsteten Grenzsicherungsmaßnahmen die Einreise nach Europa verwehrt. Es ist eine Politik der rücksichtslosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der totalen Unverantwortlichkeit gegenüber den sozialen Konsequenzen dieses Raubbaus. Dieser Zusammenhang von Reichtum auf der einen und Armut auf der anderen Seite erfährt durch den Klimawandel eine weitere Verschärfung. Wird doch seitens des UN-Umweltprogramms prognostiziert, dass weltweit einem Großteil der bereits überfischten Fischbestände aufgrund einer durch den Klimawandel verursachten Verlagerung der Meeresströmungen der völlige Zusammenbruch droht. Raubbau, Grenzschutz und Klima-

wandel gehen hier eine tödliche Allianz ein.

Nicht anders in Bangladesh, wo die vom globalen Norden zu verantwortenden Folgen des Klimawandels bereits deutlich zu spüren sind. Ansteigender Meeresspiegel und abschmelzende Gletscher führen zu immer häufigeren Überschwemmungen. Und wenn sich Betroffene auf den Weg Richtung Europa machen, laufen sie vermehrt Gefahr, noch vor der EU-Außengrenze abgefangen und z.B. im Lager Pawschino in der Ukraine unter unmenschlichen Bedingungen weggesperrt zu werden.

Solche Zusammenhänge aufzuzeigen und Verbindungslinien deutlich zu machen, ist ein Ziel des Hamburger Doppelcamps.

Kämpfe rund um die Themen Flucht und Migration sind seit Jahren Brennpunkte sozialer Auseinandersetzungen in und um Europa. Sie spitzen sich zu im Sturm auf Ceuta und Melilla oder im Widerstand gegen Abschiebungen. Die Aufstände in den Vorstädten französischer Metropolen gehören ebenso dazu wie Bleiberechtskampagnen in deutschen Kleinstädten. Die Organisation

von Selbsthilfe gegen rassistische Schlägertrupps ist genauso Bestandteil dieser Konfrontationen wie Kampagnen gegen rassistische Polizeigewalt und gegen die Residenzpflicht. Ebenso stehen Initiativen für den ungehinderten Zugang zu Gesundheitsversorgung, gegen Lager oder gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse für eine Kampfansage an gravierende Ungleichbehandlung, gezielte Verarmung bis zur Existenzvernichtung und behördliche Schikanen. Antirassistische Auseinandersetzungen erscheinen dabei immer auch als Kämpfe um soziale Rechte.

Demgegenüber ist Klimawandel ein Begriff, der medial in erster Linie für meteorologische Extreme, Naturkatastrophen und technische Lösun-



gen steht. Das Verständnis der globalen sozialen Dimension ist völlig unterentwickelt. Dabei ist klar, dass sich der bereits heute bestehende Zusammenhang von Armut, ungünstigen Umweltbedingungen und Anfälligkeit für klimatische Extreme wie Überschwemmungen, Erdbeben, Dürren oder Stürme (sind es doch gerade Arme, die oftmals gezwungen sind, in ökologischen Risikolagen zu siedeln) zukünftig noch weiter verschärfen wird. Gleichzeitig werden in den reichen Ländern die mit den vorgeschlagenen technologischen Anpassungsstrategien verbundenen Kosten für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen wenn nicht zur Existenzfrage so doch mindestens zur Frage nach Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Auf der anderen Seite erkaufen sich diejenigen, die es sich leisten können, die Fortsetzung ihres bisherigen Lebensstils.

Diese Entwicklungen überschneiden sich mit der Absenkung sozialer Standards und der rasanten Verteuerung von Nahrungsmitteln, Prozesse, die seitens internationaler Anlegercliquen und Konzernchefs vorangetrieben werden. Oder anders gesagt: Wer arm ist, hat wenig oder keine Chancen, dem Zangenangriff aus globalisiertem Lohndumping, Klimawandel, Ressourcenplünderung und dem Diktat der Agrarkonzerne zu begegnen. Daher wird es

eines unserer Anliegen auf den Hamburger Camps sein, die Diskussion um übergreifende globale soziale Rechte weiterzuentwickeln und neue Interventionsformen zu konzipieren.

In diesem etwas umfassenderen Verständnis ist die europäische Grenzschutzagentur Frontex eben nicht nur ein Werkzeug repressiver Migrationspolitik sondern auch der europäischen Klimapolitik. Frontex ist Teil einer sicherheitspolitischen Antwort auf stattfindende und noch mehr auf zukünftige Migrationsbewegungen. Diese werden weltweit zunehmend beeinflusst von den durch den Klimawandel verstärkten sozialen Verwerfungen.

Den durch das internationale Migrationsregime bedingten massiven Einschränkungen der Bewegungsfreiheit steht das Selbstverständnis gegenüber, dass ungehinderte Reisefreiheit und die Möglichkeit jederzeit (fast) alle Orte dieser Welt aufsuchen zu können, Teil des westlichen Lebensstils ist. Ein Partybesuch übers Wochenende auf Mallorca ist Normalität einer Generation EasyJet. Und wer etwas für das eigene grüne Gewissen tun will, leistet noch eine CO2 Ablasszahlung. Diese Reisefreiheit ist, global gesehen, das Privileg einer Minderheit. Die Mehrheit muss, um ihre Ziele zu erreichen, abenteuerliche und oftmals

lebensgefährliche Wege einschlagen. Das Recht auf uneingeschränkte Bewegungsfreiheit ist von daher immer eine Kernforderung der anti-rassistischen Bewegung gewesen.

Anzuerkennen, dass das Recht auf Bewegungsfreiheit unteilbar sein muss und es gerade auch die Folgen des Klimawandels sind, durch die diese Forderung erneut auf die politische Agenda gesetzt wird, ist ein Schritt, den die Umweltbewegung hierzulande tun muss. Gleichzeitig gilt es einzusehen, dass ökologische Themen alle angehen und plakative Forderungen wie "Luxus für alle" haarscharf daneben zielen, wenn dabei vergessen wird, dass ein industriell-kapitalistischer Lebensstil auf höchstem Niveau global nicht verallgemeinerungsfähig ist. Dies herauszuarbeiten und zur Grundlage unseres politischen Handelns zu machen, ist ein weiterer Gegenstand unseres Hamburger Doppelcampings.

Die Auseinandersetzung mit der sozialen Dimension des Rassismus wie auch des Klimawandels und den dabei bestehenden Verbindungslinien beinhaltet auch eine Konfrontation mit technischen Lösungen und ihren jeweiligen Verfechter/innen. Dies sind auf der einen Seite die Technokrat/innen aus internationalen Organisationen, Think-Tanks und Innenministerien, die an Migrationskontrolle und Flüchtlingsab-

wehr arbeiten. Auf der anderen Seite sind es diejenigen, die die knallharte Politik der Ressourcenplünderung um eine neue technische Revolution ergänzen wollen mit dem vordringlichen Ziel, dem Exportweltmeister Deutschland eine strategische Spitzenstellung zu sichern.

Nicht zuletzt wollen wir im Rahmen der beiden Hamburger Camps anknüpfen an den Mobilisierungserfolg des G8 Gipfels im Jahr 2007 und die Vielfalt der dort behandelten Themen. Im August 2008 geht es uns nun darum, die hier nur grob skizzierten Verbindungslinien zwischen Rassismus, sozialen Konfrontationen und Klimapolitik zu vertiefen und in eine aktionsfähige Perspektive zu verwandeln. Wir versprechen uns von dieser inhaltlichen und praktischen Verklammerung, dass über jeweilige spezielle Interessen hinweg linke Zusammenarbeit gestärkt wird und wir gemeinsam Handlungsfähigkeit zurück gewinnen.

Wir freuen uns auf eure Teilnahme am kombinierten Doppelcamping in Hamburg, bestehend aus dem

antirassistischen Aktionscamp vom 16. bis 24. August 2008 und dem Klimacamp vom 15. bis 24. August.

STELLUNGNAHME ZU WERBUNG AN DER UNIVERSITÄT HAMBURG

UNTERZEICHNERINNEN: FSR SOZIALWISSENSCHAFTEN, FACHSCHAFTSRÄTE AM FACHBEREICH ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT

.....

An das Präsidium der Universität Hamburg

– den Mitgliedern des Akademischen Senats, dem Allgemeinen Studierendenausschuss, den Mitgliedern des Studierendenparlaments, den Fachschaftsräten und allen anderen Mitgliedern der Universität Hamburg zur Kenntnis –

Im Folgenden möchten wir Stellung beziehen in der jüngst an verschiedenen Stellen verstärkt geführten Diskussion zum Thema Werbung an der Universität Hamburg. Die zuletzt entstandene Debatte entzündete sich an der Anbringung eines Verweises in STiNE/CampusNet, der mit der Bezeichnung „Microsoft Office kaufen“ Benutzern und Benutzerinnen des Studien-Verwaltungssystems das Angebot unterbreitet, Microsofts Office-Paket zu vergünstigten Konditionen erwerben zu können.

Auch wir sehen mit diesem virtuellen Schritt eine neue Qualität der Werbung an der Universität Hamburg erreicht. Die Benutzung von STiNE/CampusNet ist für immer mehr an der Universität Hamburg Lehrende und Studierende obligatorisch und das System so ein optimaler Platz für Firmen, Produkte adäquat zu bewerben. Der Verweis auf eine Software-Offerte

ist in diesem Kontext nicht einfach ein Angebot an Studierende: STiNE/CampusNet basiert auf Microsoft-Server-Technologie und soll in einem weiteren Schritt an die Bedienung per Microsoft Office 2007 angebunden werden. Die Logik von Microsoft, schon vorher mit „vergünstigten Angeboten“ Studierende auf das eigene Produkt festzulegen, ist marketing-technisch sicher ein Clou. Wir, Studierende der Universität Hamburg, wehren uns aber dagegen, auf unsere Konsumentenfunktion reduziert zu werden.

STiNE
HAT'S!
Microsoft Office
für Studierende
das ganze Paket!
NUR
69
Per Download*
oder per Post auf CD.
*plus 2,39 Euro Downloadgebühr

Denn auch ohne diese neue Qualität des product placement ist das „Tor zur Wissenschaft“, die Universität Hamburg, schon zu sehr Gegenstand einer nicht vertretbaren Finanzierungsweise unserer Bildung und unserer Wissenschaften geworden. Täglich werden wir mit Sonderofferten konfrontiert – O2 in der Mensa, der Geldautomat der Hamburger Sparkasse im Mensaeingang, E-Plus/Base auf dem Campus, allmax im eigenen Unishop, die Süddeutsche

Zeitung vor dem Unigebäude für zwei Wochen kostenlos abonniert, das Konto der Deutschen Bank eben vor Seminarbeginn eröffnet – die Liste ist beliebig fortführbar. Dabei scheinen Qualität und die ethische Verantwortung der anpreisenden Unternehmen nicht von Relevanz, die Universität Hamburg nimmt jedes Geld.

Wir haben den Eindruck, dass diese Entwicklung bisher von studentischer Seite nicht deutlich genug thematisiert worden ist: Zu allem Überfluss haben sich studentische Vertreter in der letzten Sitzung des Akademischen Senats positiv über das „Angebot“ verbilligter Microsoft-Produkte in STiNE/CampusNet geäußert.

Diese Meinung ist nicht unsere Position. Die Anbringung eines solchen Verweises ist die direkte Empfehlung, welche Studierenden die freie Entscheidung erschwert. Verschiedene kartellrechtliche Entscheidungen der Europäischen Union zeigen, dass Microsoft nicht einfach irgendein Software-Produzent ist, sondern einer, der

in den meisten seiner Geschäftsfelder eine Monopolstellung innehat. Für Studierende kostenlos erhältliche Konkurrenzprodukte wie StarOffice oder immer kostenlose Open-Source-Alternativen zu Microsoft wie OpenOffice.org werden nicht verlinkt. Auf Kritik aus studentischen Reihen kommen von Seiten des Präsidiums abwiegelnde Antworten: Das Regionale Rechenzentrum unterhalte auch Internetseiten mit Vergünstigungen. Es ist unseres Erachtens nicht begründbar, dass das Microsoft-Angebot nicht an derselben Stelle untergebracht wird. Dann wird noch verkündet, es seien für kostenfreie Open-Source-Produkte „keine studentischen Sonderofferten bekannt“ (Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Hans Siegfried Stiehl, 25. April 2008). Da fragen wir uns – wie denn? Welche Vergünstigung soll es für kostenlose Produkte denn bitte geben?

Wir fordern hiermit die verantwortlichen Stellen dazu auf, endlich Maßnahmen zu ergreifen, die die alltägliche Ökonomisierung des öffentlichen Raumes Universität beenden. Im vorliegenden Fall gehört dazu mindestens:

- * Entfernen der Microsoft-Werbung aus STiNE/CampusNet
- * Unterbinden neuer (virtueller) Werbung über Kommunikationskanäle der UHH
- * Entfernung der Werbetafeln aus den Mensen des Studierendenwerkes
- * Reduzierung des täglichen Werbeaufkommens auf dem Campus

Dokumentiert:

OECD: WEG VON FRÜHER SELEKTION

WIRTSCHAFTSBERICHT: KRITIK AN DEUTSCHER BILDUNGSPOLITIK

.....
Es ist unter den 30 in der OECD zusammengeschlossenen größten Industrienationen der Welt Brauch, sich alle zwei Jahre gegenseitig einer wirtschaftspolitischen Prüfung zu unterziehen. Schwerpunkt des "OECD Wirtschaftsberichtes Deutschland 2008" war die Bildungspolitik - unter rein ökonomischem Blick. Die Analyse der deutschen Bildung durch die diesmaligen "Prüfländer" Großbritannien und Schweiz fällt vernichtend aus - und baut auf weitgehend bekannten Studien (z. B. PISA) auf.

Der OECD-Bericht kritisiert: zu wenig Abiturienten, zu wenig Studenten und Jungakademiker in Deutschland; zu viele Schulabbrecher und zu viele Schüler auf unterstem PISA- Leistungsniveau; fehlende Bildungschancen für die Kinder von Migranten und Schüler aus armen Familien - und damit aus Sicht der Ökonomen "verschenkte" Begabungsreserven wie in keiner anderen vergleichbaren Industrienation. Will Deutschland weiter sein hohes Wirtschaftsniveau halten, sind vor allem bei der Bildung mehr Anstrengungen nötig. Zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses sollten alle Haupt- und Realschulen zusammengelegt werden. Und: Deutschland sollte endlich Abschied von der frühen Selektion zehnjähriger Kinder nehmen. Außer in Deutschland und Österreich würde schließlich nirgendwo mehr auf der Welt so früh über die

Schullaufbahn entschieden. Die nur kurze gemeinsame Schulzeit gereiche vor allem sozial benachteiligten Jugendlichen zum Nachteil und verschärfe das Problem der Chancengleichheit.

Bessere frühkindliche Bildung und eine Hochschulausbildung für Erzieherinnen und Erzieher schlagen die Gutachter des Weiteren vor. Das Kuriose all diese Empfehlungen: Sie wurden einstimmig im OECD-Rat in Paris verabschiedet - also auch mit dem Votum der deutschen Delegation. Man habe den Text erst nach "einigen Änderungen akzeptiert", heißt es vorsorglich in einem internen Vermerk von Kultusministerkonferenz (KMK) und Bundesbildungsministerium. Doch zugleich wird angemerkt: Empfehlungen blieben Empfehlungen. Sie hätten "keine Verpflichtung (...) zur Umsetzung zur Folge".

Halbherzigkeiten

Mit vielen ihrer Empfehlungen - wie der Zusammenlegung nur von Haupt- und Realschule - bleiben die OECD Gutachter auf halbem Wege stehen. Auch werden die Bildungschancen junger Menschen in dem Text fast ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten bewertet. GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne kritisiert eine "Verbetriebswirtschaftlichung" der pädagogischen Debatte, der eine "klare Absage" zu erteilen sei.

Unausgegoren ist der OECD-Ruf nach

Einführung von Studiengebühren. Angesichts der rückläufigen Studienneigung und der ohnehin schon bekannten sozialen Schieflage beim Hochschulzugang in Deutschland würden flächendeckende Studiengebühren nur noch weiter abschrecken. Thöne: "Das Bezahlstudium steht im Widerspruch zur Chancengleichheit beim Hochschulzugang und im Studium."

Konservative sind empört

Konservative Lehrerverbände und CDU-Kultusminister geraten durch das OECD-Gutachten immer stärker unter Rechtfertigungsdruck, denn erneut stellt ein OECD-Bericht die soziale Schieflage in der deutschen Bildung an den Pranger. Diese ist für die OECD mit der frühen Selektion Zehnjähriger und der starken Gliederung des Schulsystems eng verbunden. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, reagiert

beleidigt und stellt einen Versuch der "Kolonisierung" durch die OECD fest. Die internationalen Wirtschaftsgutachter seien "Stichwortgeber einer links-ideologischen Bildungspolitik", schimpft Kraus Arm in Arm mit Heinz-Peter Meidinger vom Deutschen Philologenverband. Und Baden-Württembergs Kultusminister Helmut Rau (CDU) sieht in der OECD gar "Überzeugungstäter" am Werk, die das deutsche Schulsystem "über den Haufen fahren wollen".

Fazit: Seit in einigen Bundesländern Bewegung in die Schulstrukturdebatte gekommen ist, reagieren die Bewahrer der überkommenen ständischen Gliederung der deutschen Schule immer nervöser und aggressiver.

Mit der Wirtschaft haben die konservativen Schulkämpfer inzwischen einen wichtigen Partner verloren.

Karlheinz Rosenzweig, Journalist

SPEZIFISCH FÜR GLEICHHEIT

EIN PLÄDOYER FÜR DIE TEILAUTONOMEN REFERATE IM AStA

"Wenn man sich einbildet, daß es nur Verordnungen bedarf, um aus der Konkurrenz herauszukommen, wird man niemals von ihr befreit werden. Und wenn man die Dinge so weit treibt, die Abschaffung der Konkurrenz unter Beibehaltung des Lohnes vorzuschlagen, so schlägt man vor, einen Unsinn zu verordnen. Aber die Völker entwickeln sich nicht auf Königs Befehl. Bevor sie solche Verordnungen fabrizieren, müssen sie mindestens ihre industriellen und

politischen Existenzbedingungen, folglich ihre ganze Daseinsweise von Grund aus verändern."

Karl Marx, "Das Elend der Philosophie",

Was ist passiert?

Der aktuelle Realo-AStA tut sich ausgesprochen schwer mit politischer Opposition gegen Studiengebühren, Bachelor/Master, Rüstungsforschung, Sparpolitik und insbesondere ihre Repräsentanten. Um jedoch nicht gänzlich untätig

zu bleiben, hat er sich nun der Bekämpfung der kritisch orientierten teilautonomen Referate im AStA angenommen: Behinderten-, Frauen und PolymorphPerverses Referat sollten zunächst kein Stimmrecht mehr auf AStA-Sitzung erhalten (das wurde inzwischen wieder korrigiert), die finanziellen Mittel der Referate sollten gekürzt werden, ReferentInnen, die hiergegen protestierten, wurden aus dem AStA entlassen (und haben nun doch kein Stimmrecht im, AStA mehr) und schließlich hat der AStA-Vorstand nun das Frauenreferat gänzlich aufgelöst und das Arbeitsgebiet "Gleichstellungspolitik" der Soziareferentin als zusätzliche Arbeit aufs Auge gedrückt. Die AStA-Koalition aus Realo-Jusos, Liberalen sowie Wiwi-, Jura- und Medizinerliste will offenkundig auf diesem Wege die letzten Reste gesellschaftskritischer Politik aus dem AStA beseitigen. Dies verdient nachdrücklichen Widerspruch und Widerstand.

Warum Teilautonomie?

Die Verfasste Studierendenschaft (VS) der Uni Hamburg ist die Gesamtheit ihrer Studierenden. Der Zweck der VS ist es, die politischen und kulturellen Interessen der Studierenden zur Geltung zu bringen. In Fachschaftsräten, in Hochschulgruppen und in Initiativen sind die Studierenden somit gefordert, sich selbst für ihre Interessenvertretung zu Organisieren - die VS ist die Gewerkschaft der Studierenden.

Was aber ist das Interesse der Studierenden anderes als das Interesse aller Menschen: die Verwirklichung menschen-

würdiger Lebensbedingungen die Allen persönliche Entfaltung und die solidarische Verfügung über die gemeinsamen Lebensbedingungen ermöglicht? Nichts, außer der besonderen Verantwortung, für diese Perspektive auf dem Gebiet der Bildungs- und Wissenschaftspolitik zu kämpfen. Der Inhalt dieses Kampfes ist die Überwindung aller Konkurrenz und die Verwirklichung sozialer Gleichheit - das weiß man nicht erst seit Pisa.

Die Konkurrenz aber ist fester Bestandteil des kapitalistischen Verwertungsprinzips. Ein jeder und eine jede habe sich an dem Maßstab optimaler Verwertbarkeit für den Profit zu messen.

In dieser Konkurrenz unterliegen bestimmte Menschen spezifisch Benachteiligung: Krüppel, Frauen, Menschen ohne deutschen Pass oder mit "ausländischer" Optik, Schwule, Lesben, Perverse aller Art.

Diese spezifischen Benachteiligungen zum Thema zu machen und dafür zu sensibilisieren sowie aus dieser Spezifik heraus eine grundsätzliche Gegnerschaft zur Konkurrenz und ihren Ursachen zu entfalten, soll die Teilautonomie durch Selbstorganisation ermöglichen. Niemand weiß nachdrücklicher um die Notwendigkeit der Barrierefreiheit, als Behinderte, niemand besser um die Notwendigkeit für offene Grenzen für Alle und volle Staatsbürgerrechte für hier lebende, als "AusländerInnen". Aus dieser Perspektive kann zugleich die Gegnerschaft zu Rassismus, Behinderterfeindlichkeit oder die Pathologisierung sexueller Vorlieben zu sehr prinzipieller Gegnerschaft gegen jede Ungleichheit werden.

Zudem muß gegen die spezifische Benachteiligung die Selbstorganisation besonders gestärkt werden.

Was ist dann Teilautonomie?

Auch eine selbstorganisierte Verfasste Studierendenschaft bedarf der ausführenden Organe. Nicht als Stellvertreter-Politik sondern mit besonderer Initiativverantwortung für kollektive Aktivitäten sowie zur Handlungsfähigkeit gegenüber den Institutionen der Verwaltung und Aufrechterhaltung der Ausbeutungsgesellschaft. Diese Organe sind Fachschaftsräte ebenso wie der AStA. Der AStA als zentrales Organ der Interessenvertretung wird dabei mit den politischen Mehrheiten aus dem Studierendenparlament gewählt. Für die ReferentInnen des Behindertenreferats, des Frauenreferats, des PolymorphPerversen Referats und des AusländerInnenreferats gilt dabei: sie werden unabhängig von diesen politischen Mehrheiten im Studierendenparlament von ihren jeweiligen Vollversammlungen zur Wahl in den AStA vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird dann vom Studierendenparlament nur noch bestätigt. Dies ist der Autonome Teil: die politische Verpflichtung gegenüber der jeweiligen Vollversammlung als inhaltliche Autonomie gegenüber dem Studierendenparlament. Die teilautonomen ReferentInnen sind gleichberechtigter Teil des AStAs. Im Rahmen der AStA-Verantwortung für die studentische Interessenvertretung übernehmen sie den speziellen Aufgabenbereich ihres Referats, haben damit zugleich Gesamtverantwortung für alle Studierende. Dies ist der nicht autono-

me Teil: fester Bestandteil des AStA-Gesamts zu sein.

Wie aber wird dann der Widerspruch aufgehoben zwischen Basisverpflichtung gegenüber der eigenen Vollversammlung und Gesamtverantwortung als Teil des AStA? Im Kampf für die Egalität, der eine Kampf gegen die spezifische Benachteiligung ebenso ist, wie ein Kampf gegen jede Benachteiligung.

Was tun?

Der Streit um die Teilautonomie ist somit ein grundsätzlicher um die politische Orientierung der Verfassten Studierendenschaft: Beschränkt sich der AStA auf Service zum Durchboxen für die optimale Selbstverwertung oder ist er dem Engagement für Gleichheit, Solidarität und Demokratie verpflichtet. Gilt ersteres, so ist folgerichtig, die Teilautonomie ganz abzuschaffen: Hierfür stehen insbesondere Jura-, und Medizinerliste, die nach alter RCDS-Manier (CDU-Jugend) das Geld für die für Schwule, Ausländer und andere Perverse sowieso zum Fenster hinausgeworfen finden.

Will man aber zweiteres, so sind diese Angriffe auf die Teilautonomie strikt zurückzuweisen. Dann gilt auch: gleiches Geld für gleiche Arbeit und somit keine finanziellen Kürzungen für die Teilautonomen. Dazu gehört aber auch, dass die Teilautonomen ihrerseits selbstbewusster um die Verallgemeinerung ihrer egalitären Inhaltlichkeit streiten, als Teil des AStAs und in ihm.

Die Realo-Jusos werden sich entscheiden müssen: Gerechtigkeit oder Koalitionsfrieden? Wir haben wenig Mitleid.

Nachtrag: Sonderfall FSRK

Für die Fachschaftsräte gilt, sie sind keine spezifisch benachteiligte Gruppe. Jedoch: aus den Auseinandersetzungen vor Ort und mit den Folgen restriktiver Politik meist sehr direkt konfrontiert haben sie einen speziellen Blick auf die Erfordernisse kritischer VS-Politik. Dieser spezifische Blick aus den Fachschaften war bis in die 80er Jahre hinein auf zentraler Ebene durch 47 WahlkreisvertreterInnen im Studierendenparlament zur Geltung gebracht. Als diese Wahl-

kreise abgeschafft wurden, sollte die Fachschaftsvertretung durch den teilautonomen Status der FSRK sichergestellt werden. Auch hier galt: Die FSRK-ReferentInnen wurden von ihrer Basis, den FSREN gewählt, und waren dann gleichberechtigter Teil des AstA. Die FSRK war jedoch auch das erste teilautonome Referat, dass wegen zu kritischer Position von einem AstA abgeschafft wurde. Fazit: Auch die FSRK muß wieder teilautonomes Referat werden.

WENN DIE ERSTSEMESTLER KOMMEN...

Seit über 30 Semestern ist die studentisch geleitete Orientierungseinheit an unserem Fachbereich eine feste Instanz und erster Anlaufpunkt für alle Neustudenten, Studienfachinteressierten und Orts- oder Fachwechsler.

Insbesondere die Tatsache, dass Studenten für die eigenständige Organisation und Durchführung der sog. OE gekämpft haben und sich diesen Zustand bis heute erhalten konnten, zeigt auf wie bedeutsam diese Einstiegsveranstaltung ist.

Natürlich ist auch ein Beitrag hiesiger Professoren erwünscht und unverzichtbar, so stand die OE lange Zeit in engem Kontakt zu einem OE-Beauftragten aus den Reihen der Professoren (wie z.B. Herr Prof. Koller oder Herr Prof. Pazzini).

Dem ein oder anderen scheint die Orientierungseinheit vielleicht nur dann in Augenschein zu treten, wenn in der OE-Woche merkwürdig gekleidete Menschen das PI-Foyer in Beschlag nehmen

und mehrere Gruppen von scheinbar spiel- und singlustigen Studenten durch die Gegend irren. Doch wer glaubt, dass er damit die Wahrheit kennt liegt weit daneben.

Die Orientierungseinheit bietet eine Fülle an Möglichkeiten. Nicht nur das man als Tutor die Gelegenheit hat praktische Erfahrungen zu sammeln in z.B. Gruppenleitung und direkter Bildungsarbeit, man lernt auch theoretische Grundlagen zu z.B. Teamarbeit, Gruppenprozessen und natürlich alles zu den Studienaufbauten. Und nebenbei erfährt man die Uni von einer ganz anderen Seite, man schließt Kontakte zu unterschiedlichen Personen aller Bereiche an unserem und anderen Fachbereichen, schaut mal hinter die Strukturen der Uni Hamburg und lernt viele neue Leute kennen, was natürlich mit einer Menge Spaß verbunden ist. Weiterhin ist neben der Wichtigkeit einer fundierten Vorbereitung der OE-Woche und einem grenzenlosen Spaßanteil sicherlich auch

nicht zu verachten, dass die Tätigkeit als Tutor einen gewinnbringenden Job an der Uni darstellt.

Wer sich also vorstellen könnte einmal in den Tätigkeitsbereich eines OE-

Tutors hineinzuschnuppern, der ist herzlich eingeladen ganz unverbindlich an einem der vielen Treffen teilzunehmen.

Dokumentiert, aus der jungen Welt vom 11.06.2008:

"DU MUßT PERFEKT SEIN UND STETS ERFOLG HABEN" VERSCHÄRFTER LEISTUNGSDRUCK IN ELITE-UNIVERSITÄTEN PRÄGT DIE NEUE STUDIERENDENGENERATION. EIN GESPRÄCH MIT SABINE KIEL

Sabine Kiel ist stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen. Unter anderem beschäftigt sie sich mit der "veränderten Subjektivität von Studierenden".

Stiftungsuniversitäten, Exzellenzinitiative, Graduiertenschulen - die alte Gruppenhochschule wird ins Aus befördert, Elite soll herangezüchtet werden. Was bedeutet das für Studentinnen und Studenten?

Der Leistungsdruck fängt immer früher an. In Kitas soll bereits Englisch gelernt werden. Das Schulsystem ist selektiver geworden. Da steckt ein gewaltiger Druck drin: Du mußt immer perfekt sein und stets Erfolg haben. Du darfst dir keinen Fauxpas erlauben. Alles muß nach exakt kalkuliertem Karriereplan vor sich gehen. Das bedeutet: Liebeskummer, der nicht in 24 Stunden zu bewältigen ist, darf nicht sein. Die eigene Krankheit muß temporeich mit Pillen weggeätzt werden. Sind Angehörige hilfsbedürftig, bleibt keine Zeit, sich zu kümmern. Dieses perfekte Funktionieren, das jungen Menschen abverlangt

wird, ist absurd. Zum Leben gehört auch, Fehler zu machen.

Welche Folgen hat es, wenn junge Menschen unter solchen Zwängen stehen?

Nach einer Erhebung des Deutschen Studentenwerks hat rund ein Fünftel der Studierenden psychische Probleme, ist von Allergien oder Eßstörungen geplagt. Leistungsdruck erzeugt Angst und Konkurrenz. Es wird weniger solidarisch gehandelt und zunehmend versucht, vereinzelt mit Problemen irgendwie fertig zu werden.

Sehen Sie da nicht zu schwarz?

Natürlich gibt es noch engagierte Menschen, die sich diesem System widersetzen, aber es werden weniger. Ich bin allerdings nicht der Ansicht, daß nur Massenbewegungen zählen. Die 68er waren dies im übrigen auch nicht - das ist nur ein Mythos. Damals haben ebenso nur wenige die Gesellschaft wirklich verändern wollen, sie taten ihren Protest dafür umso lautstärker kund. Die heutige Studentenbewegung muß sich auch nicht an den 68ern messen. Wich-

tig ist, daß sie einen "langen Atem" entwickelt, um auch parlamentarische Erfolge zu erzielen. Die hessischen Proteste gegen Studiengebühren sind ein gelungenes Beispiel und sollten Mut für künftige Aktivitäten machen - selbst wenn es immer schwieriger für die Studierenden wird, sich neben Jobben und Studium zu engagieren.

Gravierende Umwälzungen im Sinn der kapitalistischen Logik haben den Wissenschaftsbetrieb bereits voll erfaßt. Was ist an den Hochschulen zu befürchten?

Die akademischen Gremien - zum Beispiel der Senat so mancher Hochschule - sind bereits zum zahnlosen Tiger degradiert. Unter Einfluß der Exzellenzinitiative, und der von ihr intendierten Stärkung der Präsidien sind solche Institutionen, in denen noch Mitbestimmung möglich war, häufig entmachteter. Entscheidungen treffen dann Hochschulleitungen oder Hochschulräte - ohne Beteiligung von Studierenden oder Beschäftigten. Dies ist jeglichem politischen Engagement abträglich.

Kann die heutige Studierendengeneration all diesen Mißständen etwas entgegensetzen - oder ist sie durch ungünstige Ausgangsbedingungen zu geschwächt?

Ich glaube nicht, daß die Lebensbedingungen dieser Studierendengeneration so grundsätzlich anders sind als die der vorhergehenden. Zeitmangel gab es damals schon, jobben mußten wir auch. Anders war allerdings: Wir waren früher mit einer Matratze und einer Orangen-

kiste im Wohngemeinschaftszimmer zufrieden. Wir brauchten kein Auto, reisten nicht in der Weltgeschichte herum, um ein Praktikum zu machen. Heute ist es hingegen nahezu obligatorisch, ein Auslandssemester zu absolvieren. Und wenn ich mich in den Hochschulen so umschaue: Da sitzen Studierende mit den neuesten Laptop-Modellen, die bis zu 2000 Euro kosten. Eine eigene Wohnung muß sein, ein Handy auch. Vieles hat den Wert von Statussymbolen, scheint unverzichtbar zu sein. Doch dies muß erst einmal erwirtschaftet werden. Damals war es einfacher, einen Job zu finden, um damit weit geringere Ansprüche zu finanzieren. Das hat sich verändert. Insofern hatten vergangene Studierendengenerationen den Kopf freier.

Spielen Medien dabei eine Rolle, daß Protest an den Hochschulen so schwer in die Gänge kommt?

Ja. Eine Protestbewegung lebt davon, daß sie ein "Feed back" bekommt und nicht im luftleeren Raum agiert. Das hat man bei den Aktionen gegen die Regierenden beim G-8-Gipfel sehen können. Da haben viele junge Leute gemeinsam den Ablauf gestört. Sie konnten auf diese Weise andere gewinnen, darüber nachzudenken. Im Gegensatz dazu werden Studentinnen und Studenten mit ihrer Kritik an den Hochschulen kaum wahrgenommen. Umso wichtiger ist es daher, medienwirksame Aktionen zu machen - die hessischen Proteste gegen Studiengebühren sind beispielhaft.